

Europa – Delegiertenkonferenz

in Berlin, 8. Dezember 2008

Zahlen. Daten. Fakten.

Inhalt

Grußwort Franz Müntefering	Seite 3
Grußwort Hubertus Heil	Seite 4
Grußwort Martin Schulz	Seite 5
Vorläufiger Ablaufplan	Seite 6
Lebenslauf von Martin Schulz, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied im Präsidium der SPD	Seite 7
Delegiertenschlüssel	Seite 8
Wahlverfahren/Regularien	Seite 9
Das Wahlergebnis der Europawahl 2004	Seite 12
Die 23 Abgeordneten der SPD im Europäischen Parlament	Seite 13
Das Europäische Parlament	Seite 16
Die Sitzverteilung der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament	Seite 17
Die Fraktionen des Europäischen Parlaments, Sitzverteilung	Seite 18
Die SPE-Fraktion und die SPD-Gruppe	Seite 19
Zur Erinnerung: Bundesdelegiertenkonferenzen	Seite 21
Aussteller	Seite 22

Grußwort von Franz Müntefering

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament geht es um die Entscheidung für ein soziales, solidarisches und friedliches Europa. Die Menschen in Europa wollen mehr als den gemeinsamen Binnenmarkt und die gemeinsame Währung. Die SPD und ihre Kandidatinnen und Kandidaten fürs Europaparlament stehen für ein soziales Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die internationale Finanzkrise zeigt, was passiert, wenn der ungehemmte Wettbewerb und die Ideologie der rücksichtslosen Gewinnmaximierung herrschen. Unsere Antwort auf die jetzige Entwicklung ist klar: Das Soziale und das Demokratische müssen Richtschnur für das politische Handeln sein. Sozialdemokratische Ideen haben neuen Rückenwind bekommen. Das gilt für Deutschland, aber auch für Europa und weltweit.

Europas Sozialdemokraten haben vor einer Woche in Madrid ein gemeinsames Wahlprogramm verabschiedet. Darin geben wir weitreichende und klare Antworten auf die großen Herausforderungen für die Zukunft Europas im globalen 21. Jahrhundert. Wir setzen damit ein starkes und klares Gegengewicht zum Markteuropa, für das Liberale und Konservative stehen. Nur mit einer starken Sozialdemokratie lässt sich das soziale Europa politisch durchsetzen und die Globalisierung weltweit friedlich und gerecht gestalten.

Wir werden gemeinsam in den kommenden Monaten engagiert dafür kämpfen, dass viele Vertreterinnen und Vertreter der SPD im Parlament in Brüssel den Kurs der europäischen Politik mitbestimmen und für sozialdemokratische Ziele eintreten. Mit Martin Schulz wollen wir heute einen Spitzenkandidaten wählen, der ein ausgewiesener europapolitischer Experte und überzeugter Europäer ist und europaweit Respekt und Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit genießt.

Franz Müntefering

Grußwort von Hubertus Heil

Im kommenden Jahr 2009 steht mit den Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni eine Richtungsentscheidung für Europa an. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren uns für ein politisch starkes, wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Europa.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir die Dominanz von Konservativen und Wirtschaftsradikalen in der Europäischen Union brechen. Es ist wichtig, die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken und die Rechte der Europabetriebsräte auszuweiten. Der Dialog zwischen Arbeitnehmerverbänden und Gewerkschaften auf europäischer Ebene muss gestärkt und auf mehr Sektoren ausgedehnt werden. Eine bessere Mitbestimmung ist eine grundlegende Voraussetzung für ein sozialeres Europa, bessere Arbeitsbedingungen und somit ein Schlüsselfaktor für die Zukunft.

In den vergangenen Jahren hatten die europäischen Konservativen die Mehrheit im europäischen Parlament. Sie tragen die Verantwortung, dass wir jetzt schlecht kontrollierte und teilweise ganz unregulierte Märkte haben. Die Finanzmarktkrise macht deutlich, dass wir in Europa verbindliche Sozialstandards brauchen, um die Menschen besser zu schützen.

Wir werden in der anstehenden Wahlauseinandersetzung deutlich machen, dass wir als SPD die Antworten auf die Fragen der Zeit haben, mit der die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemeistert werden können.

Lasst uns dafür im nächsten Jahr bei der Europawahl gemeinsam kämpfen!

Hubertus Heil

Grußwort von Martin Schulz

Europa ist eine faszinierende Idee, aber sie wird derzeit nicht richtig umgesetzt. Wir müssen dafür sorgen, dass ökonomischer Fortschritt wieder mit mehr sozialer Sicherheit verbunden wird. In Zeiten der Globalisierung spielt hierbei die Europäische Union und gerade auch das Europäische Parlament eine zentrale und entscheidende Rolle.

Deshalb kämpfen wir dafür, dass die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament stellen.

Die Sozialdemokratische Fraktion ist derzeit die zweitstärkste, politisch aber schon jetzt die bestimmende Fraktion im Europäischen Parlament. So konnten wir zum Beispiel bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie durchsetzen, dass Dienstleistungen den Bedingungen des Landes unterliegen, in dem sie angeboten werden. Damit wurde eine Nivellierung hoher sozialer, nationaler Standards nach unten verhindert.

Konservative und Liberale stellen derzeit 20 von 27 europäischen Regierungen. In der EU-Kommission haben die Verfechter des Marktliberalismus die Oberhand. Deren unbeirrbarer Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes wurde mittlerweile durch die weltweite Finanzkrise widerlegt. Dieser blinde Glaube an deregulierte Märkte ist mitverantwortlich dafür, dass die europäische Idee in eine tiefe Krise geraten ist. Wir brauchen daher das soziale Europa in Ergänzung zum bereits existierenden Binnenmarkt, um die Menschen wieder für Europa zu begeistern.

Wir werden im Europawahlkampf klarstellen: Wir wollen in Deutschland und in Europa einen Mindestlohn - unter den spezifischen Bedingungen der Mitgliedstaaten, aber mit einem klaren Ziel: In Europa soll es Wettbewerb um Kompetenz, gute Qualität und konkurrenzfähige Produkte geben, aber nicht um den niedrigsten Sozialstandard, die niedrigste Steuerquote und das niedrigste Lohnniveau.

Die Europadelegiertenkonferenz ist unser Startsignal für einen erfolgreichen Wahlkampf!

Martin Schulz

Vorläufiger Ablaufplan

- 11.00 Uhr Eröffnung: Franz Müntefering
- Konstituierung: Beschluss Tages- und Geschäftsordnung
 Wahl Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- 11.25 Uhr Rede des SPD-Parteivorsitzenden
 Franz Müntefering
- 12.00 Uhr Rede des Vorsitzenden der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament
 Martin Schulz, MdEP
- Anschließend:
 Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 Wahl des / der Spitzenkandidaten/-in
- 13.00 Uhr Rede des SPD-Kanzlerkandidaten und Bundesaußenministers
 Frank-Walter Steinmeier
- Anschließend:
 Wahl der Bundesliste (Platz 2 bis 99)
 Aussprache und Beratung des SPD-Europawahlmanifestes
 Wahl Ersatzbewerber /-innen (Platz 1-99)
 ggf. Fortführung Aussprache und Beratung SPD-Europamanifest
- 16.45 Uhr Schlusswort des SPD-Generalsekretärs
 Hubertus Heil

Lebenslauf von Martin Schulz

Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament

Martin Schulz wurde am 20. Dezember 1955 in Eschweiler im Stadtteil Hehlrath geboren. Er lebt seit über 40 Jahren in Würselen, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Martin Schulz besuchte das Heilig Geist Gymnasium in Würselen, wo er die Mittlere Reife ablegte. Später absolvierte er eine Lehre als Buchhändler und arbeitete in verschiedenen Buchhandlungen, bevor er sich in Würselen als Buchhändler selbstständig machte.

Seit 1974 ist er Mitglied der SPD. Zunächst engagierte er sich bei den Jungsozialisten in Würselen, deren Vorsitz er mehrere Jahre inne hatte, um später weitere Funktionen in seinem Ortsverein bzw. Stadtverband zu übernehmen.

Schwerpunkte seiner frühen politischen Arbeit waren sein Engagement in der Friedensbewegung und sein Bemühen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit. Dabei konnten auf seine Initiativen hin erfolgreiche Programme und Projekte in seiner Heimatstadt umgesetzt werden. Bemerkenswert ist die Gründung des Vereins für allgemeine berufliche Weiterbildung VabW, der erfolgreichsten Einrichtung zur Qualifizierung von Menschen in der Aachener Region, die er gemeinsam mit Achim Großmann MdB gründete.

Martin Schulz ist seit 1996 Vorsitzender der SPD im Kreis Aachen und seit 1991 im Parteirat vertreten. Mit 29 Jahren wurde er Ratsmitglied der Stadt Würselen und mit 31 Jahren Würselens Bürgermeister - damals der jüngste seines Amtes in Nordrhein Westfalen. Zehn Jahre lang setzt er deutliche kommunalpolitische Zeichen in seiner Stadt.

Seit 1994 ist Martin Schulz Mitglied des Europaparlaments. Seit 2004 ist er Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, der zweitstärksten Fraktion im Europaparlament. Vor dieser Aufgabe war er von 2000 bis 2004 Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europaparlament. Er war im Wahlkampf 1999 maßgeblich in der Europa-Kampa tätig.

Seit 1999 ist Martin Schulz Mitglied des SPD-Parteivorstandes, seit 2000 beratendes und seit 2005 gewähltes Mitglied des Präsidiums der SPD, wo er für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik zuständig ist.

Mit seiner Nominierung als Spitzenkandidat für die Europawahl 2009 wurde er auch als SPD-Kandidat für den Posten des deutschen EU-Kommissars vorgeschlagen.

Delegiertenschlüssel

Verteilung der Mandate auf die Landesverbände/Bezirke

<i>Landesverband/Bezirk</i>	<i>Delegiertenmandate</i>
Schleswig-Holstein	11
Mecklenburg-Vorpommern	3
Hamburg	6
Bremen	3
Nord-Niedersachsen	4
Weser-Ems	10
Hannover	16
Braunschweig	6
Sachsen-Anhalt	4
Brandenburg	5
Berlin	9
Nordrhein-Westfalen	74
Hessen-Nord	11
Hessen-Süd	20
Thüringen	4
Sachsen	5
Saarland	9
Rheinland-Pfalz	20
Baden-Württemberg	24
Bayern	36
<i>Stimmberechtigte der Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl</i>	<u>280</u>

Die Verteilung der Mandate auf die Landesverbände und Bezirke richtet sich zu zwei Dritteln nach den Mitgliederzahlen und zu einem Drittel nach den abgegebenen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005. Dieser Delegiertenschlüssel entspricht dem Verfahren, wie es im Statut der SPD für Parteitage vorgesehen ist.

Wahlverfahren/Regularien

Geschäftsordnung der Bundesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Bundesliste für die Europawahl

§ 1 Stimmberechtigung

(1) Stimmberechtigt sind die von den Bezirken und Landesbezirken, nach Maßgabe des vom Parteivorstand beschlossenen Schlüssels, gemeldeten Delegierten.

(2) Delegierte sind nach § 13 Abs. 7 Wahlordnung nicht abstimmungsberechtigt,

- a) wenn ihre Wahl nichtig ist oder
- b) gegen staatliches Wahlrecht verstößt,
- c) erfolgreich angefochten wurde.

(3) Ein Verstoß gegen staatliches Wahlrecht liegt insbesondere vor, wenn die Delegierten nicht unmittelbar aus der Mitte einer oder mehrerer Mitgliederversammlungen oder aus der Mitte von Vertreterversammlungen gewählt worden sind, die ihrerseits entweder aus der Mitte einer oder mehrerer Mitgliederversammlungen oder aus der Mitte einer oder mehrerer dazwischen geschalteter Vertreterversammlungen hervorgegangen sind. Unter einer Mitgliederversammlung wird dabei einer Versammlung der Parteimitglieder verstanden, die im Zeitpunkt des Zusammentritts der Versammlung zum Europäischen Parlament wahlberechtigt sind (§ 10 Europawahlgesetz).

(4) Die Mandatsprüfungskommission prüft die Legitimation der Delegierten. Diese ist auf Verlangen glaubhaft zu machen.

§ 2 Beschlussfassung, Beschlussfähigkeit und Konstituierung

(1) Die Bundesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß geladen wurde. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

(2) Die Konferenz wählt einen Versammlungsleiter oder eine Versammlungsleiterin und eine Schriftführerin oder einen Schriftführer sowie zwei Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Mitunterzeichnung gem. § 10 Absatz 6 EuWG.

(3) Die Konferenz bestimmt eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson, die unter Einhaltung der Vorgaben des EuWG berechtigt sind, Erklärungen gegenüber dem Bundeswahlleiter abzugeben. Zudem werden diese beiden Personen zur Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung nach § 11 Abs. 2 Nr. 2 EuWG bestimmt.

§ 3 Redeordnung

(1) Kandidatinnen und Kandidaten haben das Recht, sich und ihr Programm zehn Minuten lang vorzustellen.

(2) Es wird empfohlen, auf eine Kandidatenvorstellung zu verzichten, wenn für den betreffenden Listenplatz keine Gegenkandidatur vorliegt. Davon bleibt das grundsätzliche Recht der Kandidatin oder des Kandidaten auf Vorstellung nach Absatz 1 unberührt.

(3) Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten. Die Diskussionsredner und -rednerinnen erhalten das Wort in der Reihenfolge ihrer Meldungen. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.

(4) Berichterstatter und Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.

(5) Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner und -rednerinnen das Wort. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner bzw. eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.

(6) Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

(7) Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner oder die Rednerin dies zugelassen hat. Die Versammlungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner oder die Rednerin kurz antworten darf.

§ 4 Personalvorschlagsrecht

(1) Der Parteivorstand legt einen Personalvorschlag vor. Weitere Personalvorschläge können von stimmberechtigten Delegierten bis eine Stunde nach Konstituierung der Delegiertenkonferenz schriftlich bei der Versammlungsleitung eingebracht werden.

(2) Personalvorschläge müssen jeweils den Listenplatz angeben, auf den sie sich beziehen. Unterlegene Bewerberinnen und Bewerber sind zur Kandidatur auf niedrigeren Listenplätzen zuzulassen, soweit dies mit § 6 dieser Geschäftsordnung vereinbar ist. Die weitere Kandidatur unterlegener Bewerberinnen oder Bewerber ist der Versammlungsleitung nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses unverzüglich anzuzeigen.

§ 5 Wahlverfahren

(1) Die Wahlen zur Aufstellung der Kandidatenliste zur Europawahl erfolgt geheim, mittels verdeckter Stimmzettel, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin.

(2) Für jeden Listenplatz erfolgt eine Einzelwahl nach § 7 Wahlordnung. Die Einzelwahlen können auf einem Stimmzettel oder in einem Urnengang verbunden werden, soweit Kampfkandidaturen nicht vorliegen (verbundene Einzelwahl).

(3) Kandidiert für einen Listenplatz nur ein Bewerber oder eine Bewerberin, so kann der Stimmzettel insoweit mit »Ja«, »Nein« oder »Enthaltung« gekennzeichnet werden. Kandidieren für einen Listenplatz mehrere Bewerberinnen oder Bewerber, so muss auf

dem Stimmzettel entweder ein Bewerber oder eine Bewerberin mit »Ja«, oder eine »Enthaltung« hinsichtlich dieses Listenplatzes gekennzeichnet werden.

(4) Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen erhalten hat. Erhält kein Kandidat oder keine Kandidatin die Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen, so findet ein weiterer Wahlgang statt, in dem die einfache Mehrheit entscheidet. Endgültig nicht gewählt ist, wer im ersten oder zweiten Wahlgang mehr Nein- als Ja-Stimmen auf sich vereinigt.

(5) Bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das Los.

§ 6 Geschlechtergerechtigkeit

Die Aufstellung der Liste der Bewerberinnen und Bewerber erfolgt durchgängig alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin, jeder 5. Platz kann entweder mit einer Frau oder einem Mann besetzt werden.

§ 7 Ersatzbewerber

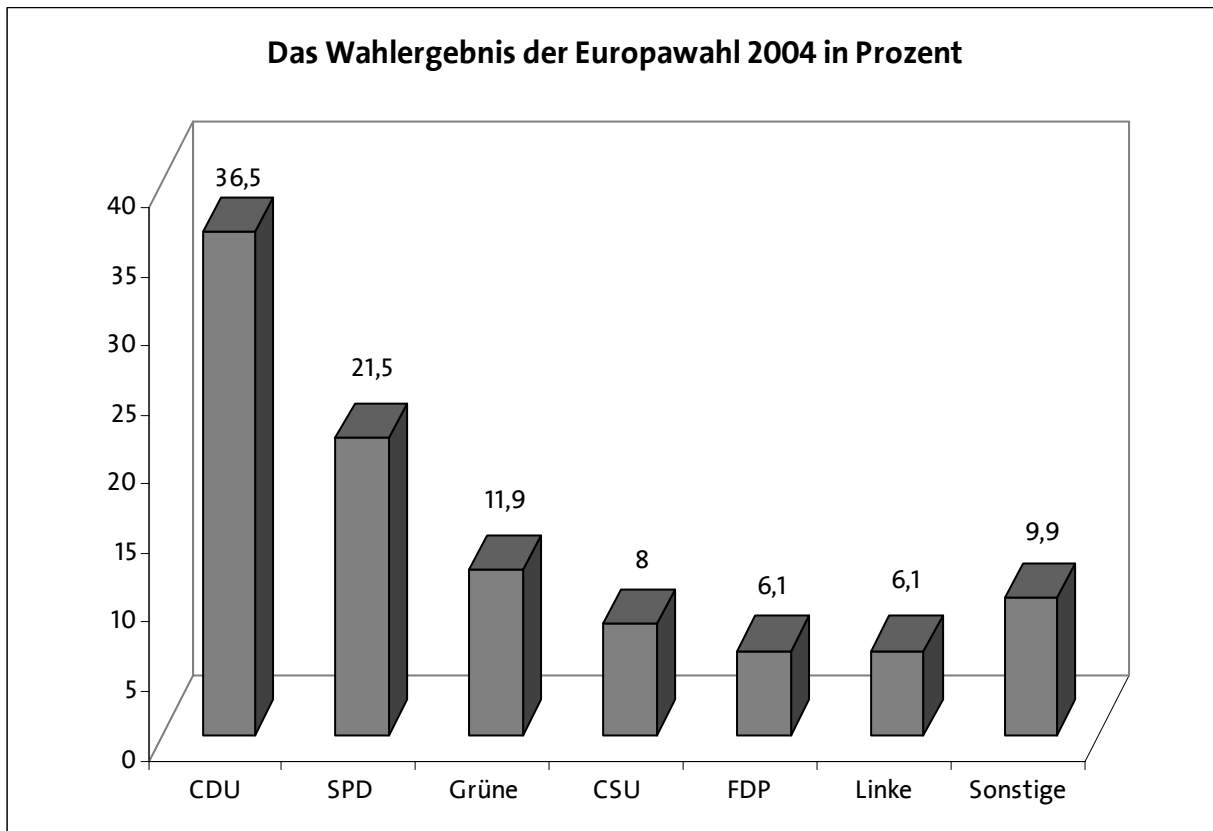
(1) Die Konferenz wählt für jeden Bewerber und jede Bewerberin einen Ersatzbewerber oder eine Ersatzbewerberin, die geschlechtsverschieden sein können.

(2) Ein Bewerber kann im Bezug auf andere, höhere Listenplätze zugleich als Ersatzbewerber benannt werden. Ein Ersatzbewerber kann auf der Bundesliste nicht mehrfach als solcher gewählt werden.

(3) Sofern eine Bewerberin oder ein Bewerber nach Durchführung dieser Aufstellungsversammlung und vor Ablauf der Einreichungsfrist beim Bundeswahlleiter für einen Listenplatz nicht mehr zur Verfügung steht, werden die Vertrauenspersonen zur Abgabe der Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter ermächtigt, dass die Ersatzbewerberin oder der Ersatzbewerber nachrückt. Steht auch eine Ersatzbewerberin oder ein Ersatzbewerber für diesen Platz nicht zur Verfügung, wird über die Bewerberliste aufgerückt.

§ 8 Niederschrift

Über die Versammlung ist eine Niederschrift mit Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, Form der Einladung, Zahl der erschienenen Delegierten und den Ergebnissen der Abstimmungen zu fertigen. Sie ist vom Leiter der Versammlung, der oder Schriftführerin und den beiden Mitunterzeichnern zu unterzeichnen.



Die 23 Abgeordneten der SPD im Europaparlament



Udo Bullmann (Hessen)
Ausschuss für Wirtschaft und Währung



Evelyne Gebhardt (Baden-Württemberg)
Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz



Norbert Glante (Brandenburg)
Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie



Matthias Groote (Niedersachsen)
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und
Lebensmittelsicherheit; nichtständiger Ausschuss zum Klimawandel



Lissy Gröner (Bayern)
Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter;
Ausschuss für Kultur und Bildung



Klaus Hänsch (Nordrhein-Westfalen)
Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten



Jutta Haug (Nordrhein-Westfalen)
Haushaltsausschuss



Karin Jöns (Bremen)
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten



Heinz Kindermann (Mecklenburg-Vorpommern)
Fischereiausschuss (Obmann); Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung



Constanze Krehl (Sachsen)
Ausschuss für regionale Entwicklung (Obfrau)



Wolfgang Kreissl-Dörfler (Bayern)
Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres



Helmut Kuhne (Nordrhein-Westfalen)
Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten



Jo Leinen (Saarland)
Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen



Erika Mann (Niedersachsen)
Ausschuss für internationalen Handel



Vural Öger (Hamburg)
Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten; Ausschuss für internationalen Handel



Bernhard Rapkay (Nordrhein-Westfalen)
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten; Ausschuss für Wirtschaft und Währung



Dagmar Roth-Behrendt (Berlin)
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit



Ulrike Rodust (Schleswig-Holstein)
Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr; Fischereiausschuss



Mechtild Rothe (Nordrhein-Westfalen)
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments; Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie



Martin Schulz (Nordrhein-Westfalen)
Vorsitzender der SPE-Fraktion; Unterausschuss Menschenrechte



Ulrich Stockmann (Sachsen-Anhalt)
Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr



Ralf Walter (Rheinland-Pfalz)
Haushaltsausschuss (stellv. Vorsitzender)



Barbara Weiler (Hessen)
Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

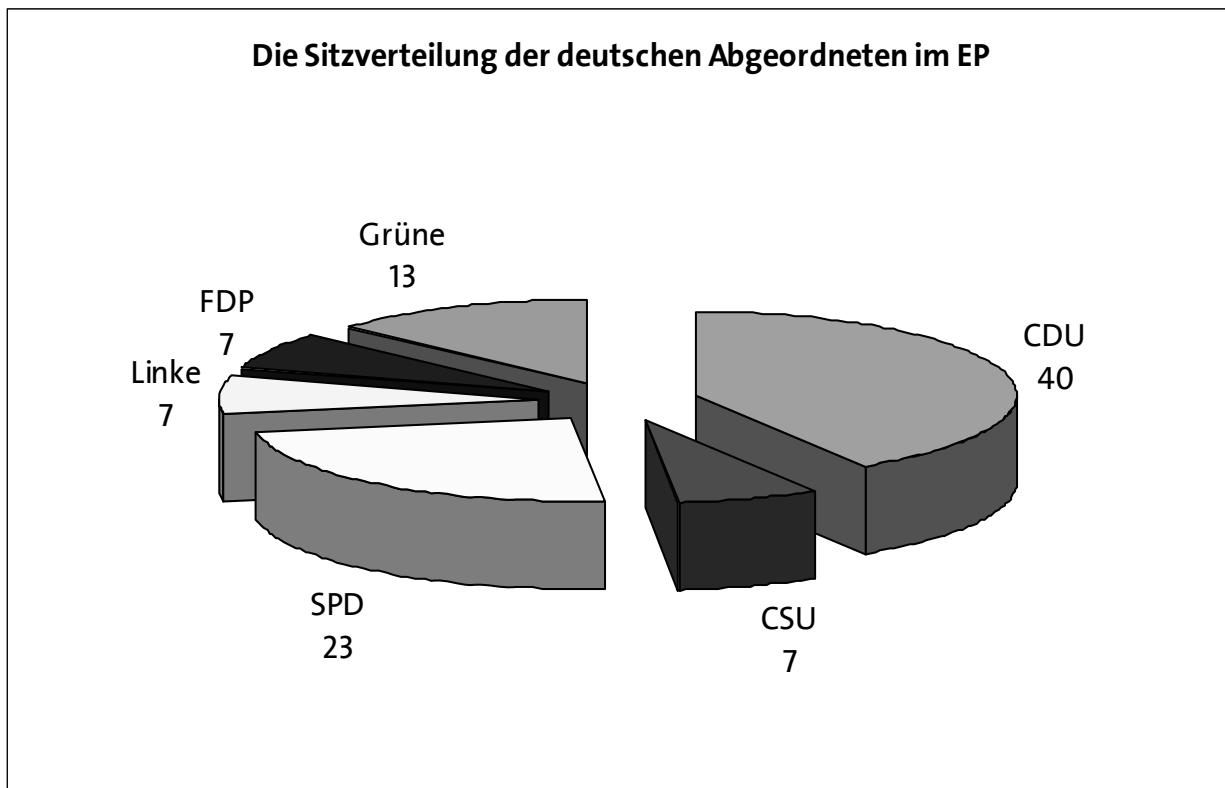
Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament vertritt die zurzeit rund 490 Millionen Bürgerinnen und Bürger der 27 EU-Mitgliedstaaten. Vom 4. bis 7. Juni 2009 werden in allen diesen Ländern die Vertreterinnen und Vertreter ins Europäische Parlament gewählt.

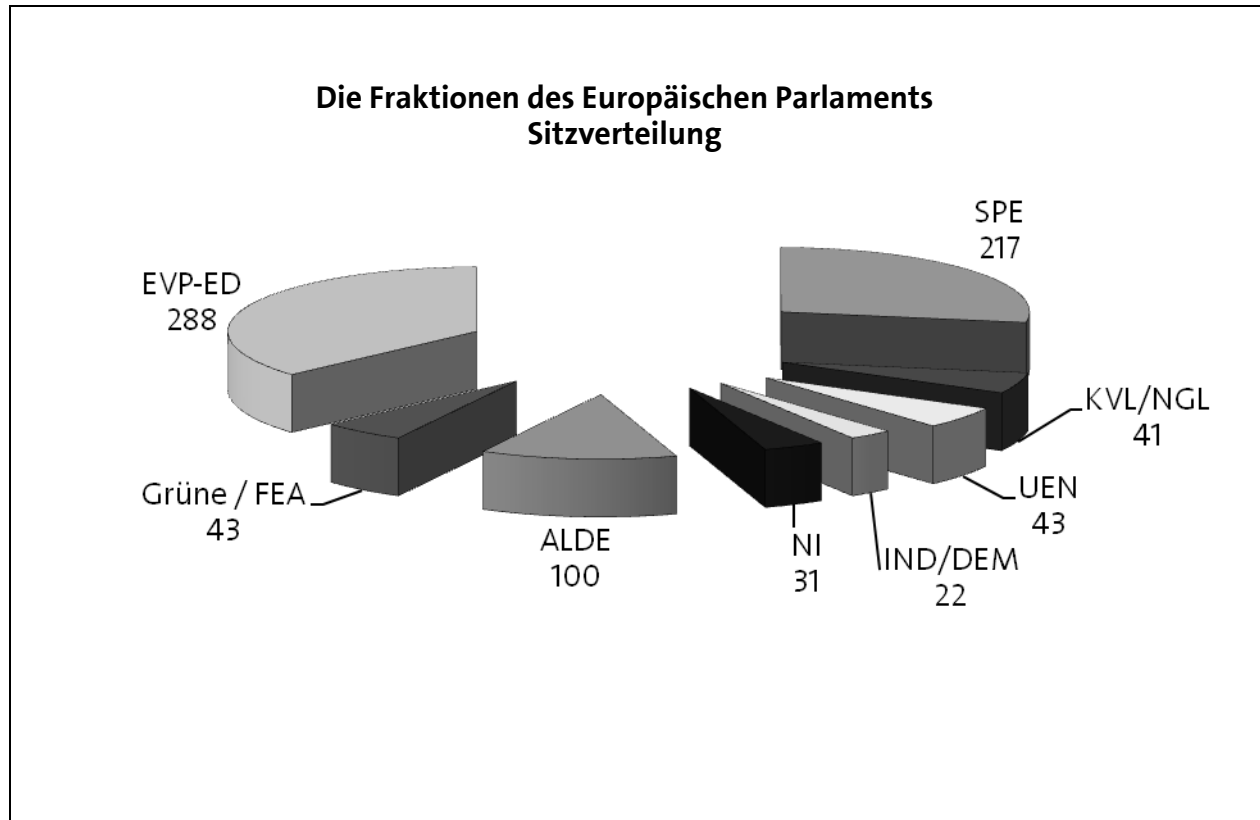
Direkt vom Volk wurde das Europäische Parlament erstmals 1979 gewählt. Damals waren die Wahlberechtigten von neun Staaten aufgerufen, ihre Abgeordneten in freier und geheimer Wahl zu bestimmen. Das EP spielt neben Kommission und Rat die politische Hauptrolle in der Europäischen Union.

Schrittweise wurden die Befugnisse des EP erweitert. Ein zentraler Schritt war die Einheitliche Europäische Akte im Jahr 1986; es folgten die Verträge über die Europäische Union in den Jahren 1992 (Maastricht), 1997 (Amsterdam) und 2000 (Nizza).

Die im Vertrag über eine Verfassung für Europa vorgesehenen Rechte des EP haben weitgehend Eingang in den Vertrag von Lissabon gefunden. Die Rolle des EP wurde erneut nachdrücklich gestärkt. Das EP wächst somit in die Rolle eines gleichberechtigten Gesetzgebers mit dem Ministerrat der Europäischen Union hinein. Aus diesem Grund setzt sich die SPD für das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags ein. Er ist ein Meilenstein im europäischen Einigungsprozess und Grundlage für eine friedliche, demokratische und soziale Union der Zukunft.



Stand: 2008



Stand: 2008

SPE	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
EVP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Grüne/FEA	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
KVL/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
IND/ DEM	Fraktion Unabhängigkeit / Demokratie
NI	Fraktionslose

Die SPE-Fraktion und die SPD-Gruppe

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) stellt mit 216 Mitgliedern die zweitstärkste Fraktion im Europäischen Parlament. Vorsitzender der SPE-Fraktion ist seit 2004 der deutsche Abgeordnete und SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz.

Die SPD stellt 23 Abgeordnete in der SPE-Fraktion. Vorsitzender der deutschen Gruppe ist Bernhard Rapkay, seine Stellvertreter sind Udo Bullmann und Karin Jöns.



Vorsitzender

Bernhard Rapkay, Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung



Stellvertretender Vorsitzender

Udo Bullmann, Hessen

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung



Stellvertretende Vorsitzende

Karin Jöns, Bremen

Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten



Schatzmeisterin

Constanze Krehl, Sachsen

Obfrau des Ausschusses für regionale Entwicklung



Beisitzender

Norbert Glante, Brandenburg

Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie



Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Mechtild Rothe, Nordrhein-Westfalen

Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Zur Erinnerung: Bundesdelegiertenkonferenzen

Bundesdelegiertenkonferenz
und außerordentlicher Parteitag

Gewählter Spitzenkandidat: Willy Brandt

09.12. – 10.12.1978 Köln

Bundesdelegiertenkonferenz
und außerordentlicher Parteitag

Gewählte Spitzenkandidatin: Katharina Focke

18.11. – 19.11.1983 Köln

Bundesdelegiertenkonferenz

Gewählter Spitzenkandidat: Gerd Walter

04.11.1988 Bonn

Bundesdelegiertenkonferenz

Gewählter Spitzenkandidat: Klaus Hänsch

25.01.1994 Bonn

Bundesdelegiertenkonferenz

Gewählter Spitzenkandidat: Klaus Hänsch

08.12.1998 Saarbrücken

Bundesdelegiertenkonferenz

Gewählter Spitzenkandidat: Martin Schulz

16.11.2003 Berlin

Aussteller

Aussteller bei der Europa-Delegiertenkonferenz der SPD am 8. Dezember 2008 im Estrel-Convention-Center Berlin

Im Rahmen der Europa-Delegiertenkonferenz der SPD präsentieren sich diverse Unternehmen, Verbände und Initiativen mit Informations- und Präsentationsständen.

So werden u. a. das Willy-Brandt-Haus, die Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos), die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) und die SPE-Fraktion mit einem eigenen Stand vor Ort sein, um Interessierte umfassend zu informieren.

Weitere Aussteller bei diesem Parteitag sind: ABDA – Bundesverband Deutscher Apothekerverbände, Agentur für erneuerbare Energien, Automobil Club Europa, Bayer AG, Deutsche Bahn AG, Deutsche Post World Net, Deutsche Telekom AG, E.ON Energie AG, Fachverband Kartonverpackungen für flüssige Nahrungsmittel e.V., Forum DL 21 e.V., Gold Key Media Germany GmbH, Image Ident Marketing Gesellschaft mbH, Markenverband e. V., Philipp Morris, RWE Power AG, Universität Trier (Fachbereich Politikwissenschaften), vorwärts: buchhandlung + antiquariat GmbH.